

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1 M., vierteljährlich 3 M.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M. — Frey- und Veranlagungssteuer pro Seite 25 Pf. — Geschäftssteuer werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: G. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Eitelshauer Straße 28-42, Telefon-Nr. 98 u. 89, Telegr.-Nr.: 11berband Bochum.

Betriebsbericht der preuß. Staatswerke.

Es ist ein großer Uebelstand, daß die Betriebsberichte der preussisch-fiskalischen Bergwerks-, Hütten- und Salinenverwaltung viel zu spät der Öffentlichkeit unterbreitet werden. In der Regel gelangen diese Berichte erst an das Abgeordnetenhaus, wenn dieses schon den Haushaltsplan für das übernächste Etatsjahr berät. Der Betriebsbericht für 1916 ist erst gegen Ende Januar 1918 der Staatshaushaltskommission zur Kenntnis gekommen, obgleich sie sich bei der Beurteilung der Voranschläge für 1918 schon auf die tatsächlichen Betriebsergebnisse des Jahres 1917 beziehen mußte. Die in der Regel zu späte Bekanntgabe der Betriebsberichte ist in der Staatshaushaltskommission lebhaft bedauert worden. Auch die durch die Kriegsnöten abfolgt nicht gebotene große Dürftigkeit der fiskalischen Berichtserstattung wurde kritisiert.

Der Betriebsbericht für 1916 enthält zwar größere Umsatzziffern, dem „Werte“ nach, wie alle früheren, aber es steckt nicht entsprechend Meeres dahinter. Förder- und Produktionsangaben, auch die Nachweise der erzielten Preise fehlen. Förderung und Produktion sind wahrscheinlich allgemein nur wenig gegen 1915 gestiegen, nur die eingetragenen Preiserhöhungen haben die Geldeinnahmen bedeutend erhöht. Indessen stiegen die Ausgaben noch mehr, so daß wohl die ordentlichen Einnahmen 1916 gegen 1915 um rund 31 Millionen Mark höher waren, jedoch erhöhten sich gleichzeitig die ordentlichen Ausgaben um rund 39 Millionen Mark. Warum, das ist im einzelnen nicht nachgewiesen.

In den letzten 4 Berichtsjahren betragen die

	Ordentlichen Einnahmen	Ausgaben	Ungewöhnlichen Einnahmen	Ausgaben	Gesamteinnahmen	Gesamtausgaben	Vergleichung des Vorjahres
1916	417,88	368,05	7,25	32,98	24,04	38,58	7,6 Proz.
1915	342,99	289,50	0,826	30,43	23,85	44,78	0,0
1914	289,18	264,38	0,114	28,07	0,90	14,76	3,0
1913	386,08	328,07	0,263	22,06	35,88	54,63	11,8

Der bilanzmäßige Ueberschuß ist mithin 1916 bedeutend geringer gewesen wie 1915, allerdings bedeutend höher als im ersten Kriegsjahre mit seinen außerordentlichen Betriebsstörungen. Die rechnungsmäßigen Ueberschüsse haben betragen in Millionen Mark

	Zahl der Werke	1916	1915	1913
Steinkohlenbergwerke	(28)	18,52	22,04	20,64
Eisenerzbergwerke	(2)	0,106	0,214	0,347
Sonstige Erzbergwerke	(5)	0,90	7,30	3,31
Kalialzbergwerke	(3)	5,46	4,03	7,48
Salinen und zugeh. Salzbergwerke	(7)	1,04	0,890	0,478
Eisenhütten	(4)	1,05	0,867	—
Metallhütten	(4)	9,50	7,41	4,20

* 981 620 Mark Zubuße.

Demnach sind gegen das letzte Friedensjahr die Ueberschüsse der Bergwerke und Hütten ganz bedeutend gestiegen, auch der Betriebsgewinn der Salinen und der zugehörigen Steinsalzbergwerke erhöhte sich. Der Gewinnrückgang der sonst hochrentablen Kalialzbergwerke erklärt sich aus der Unterbindung der Ausfuhr während des Krieges und aus der andauernden Vermehrung der Kalialzwerke, wodurch die auf die einzelnen Werke entfallende Absatzmenge fast automatisch verringert wird. Im Jahre 1916 ist der Gewinn der Kalialzwerke schon erheblich gestiegen; für 1917 und 1918 wird infolge der wiederholten Preissteigerungen auf eine weitere Gewinnerhöhung gerechnet. Der ganz geringe fiskalische Braunkohlenbergbau (3 kleine Anlagen) hat auch 1916 mit Zubuße gewirtschaftet (133 469 Mark), ebenso erforderten die Bernsteinwerke wieder Zuschuß (1 002 913 Mark).

Bei der Beurteilung der fiskalischen Ueberschüsse muß beachtet werden, daß aus ihnen auch die hohen Kosten der Zentralbehörde (Ministerialabteilung), der Oberbergämter, Bergrevierämter, Bergakademien, Bergschulen, Berggewerbevereine, geologische Landesanstalt usw. zu bestreiten sind. Außerdem werden in Abzug gebracht die steigenden Zinsen und Tilgungen der Staatsschulden. Hierfür wurden 1913 rund 8,77, 1916 aber 14,86 Millionen Mark, also rund 6 Millionen Mark mehr, aufgewandt. Ferner wurden 1918 für „sonstige außerordentliche

Ausgaben“ nur 170 592, 1916 aber 20,15 Millionen Mark verausgabt, in welcher Summe sich die Aufwendungen für Kriegervorräte und Lebensmittelbeschaffungen befinden. Schließlich sind 1916 rund 23,82 Millionen Mark für Abschreibungen verwandt worden, über 3 Millionen Mark mehr wie 1913. Zieht man alles dies in Betracht, dann ergibt sich eine weit höhere Rente, als sich bei einer nur oberflächlichen Beurteilung der Betriebswirtschaft herausstellt. Spezialisierte Angaben über die hohen außerordentlichen Ausgaben enthält der Bericht nicht.

Ganz besonders vermißt man die genaue Berichterstattung über die Steinkohlenbergwerke, die das Rückgrat der fiskalischen Betriebswirtschaft bilden. Während die Privatwerke für 1916 fast durchweg einen erhöhten Ueberschuß erzielten, weisen die staatlichen, mit Ausnahme der Saargruben und des Werkes bei Oberkirchen, das entgegengesetzte Bild auf. Der rechnungsmäßige Ueberschuß hat betragen:

	1916	1915
Oberschlesische Werke	12 212 800	15 504 818
Kohlenwerk am Teister	195 784	456 215
bei Oberkirchen (preuß. Anteil)	732 931	550 762
Saarbrücker Werke	12 598 061	10 988 560

Warum in Oberschlesien und am Teister die Betriebsgewinne zurückgegangen sind, sagt uns weder der Betriebsbericht, noch ist darüber in der Staatshaushaltskommission mehr als eine allgemeine Auskunft worden. Diese Auskunft berief sich auf die sehr gestiegenen Selbstkosten wegen viel höherer Materialpreise und Arbeiterlöhne, auch auf geringere Förderung. Aber dieselben Ersparnisse hatten auch die Privatwerke, und doch sind sie für 1916 noch meistens mit höheren Ueberschüssen herausgekommen.

Ganz außerordentlich ungünstige Ergebnisse werden über die fiskalischen Zechen im Bergwerksdirektionsbezirk Heddinghausen berichtet. Die dortigen Werke sollten schon von 1908 ab ohne Zubuße wirtschaften, wie aber sieht es in Wirklichkeit aus? Sie haben insgesamt erfordert:

	1916	1915
Zubuße 1913:	1 163 734	5 451 982
Zubuße 1914:	3 342 269	7 187 500

Im Betriebsjahr 1916 haben die Zechen Ibbenbüren, Buer und Zwickel mit Ueberschüssen gearbeitet, die Zechen Zwickel erforderte 3,82 Millionen Mark Zubuße, was wohl aus der Tatsache, daß dieses Werk noch im starken Ausbau begriffen ist, erklärt werden kann. Aber nun butterte die Zeche Glabbe, die der Fiskus bekanntlich 1902 von der Firma Zypfen als eine bereits förderfähige Anlage angekauft hat, gewaltig zu. Der rechnungsmäßige Ueberschuß der Zeche Glabbe belief sich 1913 auf 1 735 243 Mark, 1914 und 1915 verlangte sie Zuschüsse und 1916 schloß der Betrieb mit der gewaltigen Zubuße von 4 679 409 Mark ab! Im gleichen Jahre haben die benachbarten Privatzechen erhebliche Ueberschüsse erzielt! Unser Kamerad Hue wies in der Staatshaushaltskommission auf diese traurige Tatsache hin und eruchte die fiskalische Verwaltung, die Ursachen dieser großen Defizitwirtschaft zu erklären. Weder sei der Arbeitermangel noch den fiskalischen Zechen größer als auf den Privatgruben, noch bestände ein beachtlicher Unterschied in den Löhnen und Materialpreisen. Aus dem Betriebsbericht sei nicht zu ersehen, woher sich die steigenden Zuschüsse schrieben. Die Bergbauverwaltung gab keine detaillierte Darstellung der Defizitursachen, sondern beschränkte sich darauf, auf die gestiegenen Selbstkosten und sonst eingetretene ungünstige Verhältnisse hinzuweisen. Damit sind die außerordentlich schlechten Betriebsergebnisse, namentlich der Zeche Glabbe, nicht erklärt. Diese Aufklärung ist aber notwendig, weil es sich um einen Staatsbetrieb handelt, an dessen Gedeihen die ganze Bevölkerung lebhaft interessiert ist. Würde wenigstens die Zeche Glabbe ohne Zubuße gearbeitet haben, so erhöhte sich der gesamte rechnungsmäßige fiskalische Betriebsüberschuß um 4,67 Millionen Mark, und war dann schon erheblich höher als 1915.

Auf den 90 Staatswerken wurden 1916 insgesamt 85 765 Arbeiter und Beamte (ohne die unfreien Hilfskräfte) beschäftigt, gegen 78 649 im Jahre 1915 und 109 791 im letzten Friedensjahr. Auch diese Angaben illustrieren die große Bedeutung des Fiskus als bergbaulichen Unternehmer. Sie bestätigen aber auch, daß die Bergarbeiterschaft ein hohes Interesse an einer Wahlrechtsreform besitzt, die dem preussischen Landtag eine vollständige Zusammenfassung verschafft.

Diese Gesichtspunkte sind auch bei nachfolgender Gegenüberstellung von Bochum, wonach die durchschnittlichen Jahreslöhne pro Arbeiter betragen (in Mark):

Königreich Sachsen			Deutsches Reich		
Steinkohlenbergbau	Braunkohlenbergbau	Erzbergbau	Steinkohlenbergbau	Braunkohlenbergbau	Erzbergbau
1907	1941	1137	840	1498	1180
1908	1848	1190	863	1478	1198
1909	1827	1164	876	1376	1179
1910	1823	1173	893	1388	1189
1911	1868	1215	925	1440	1249
1912	1429	1237	978	1587	1289
1913	1472	1312	986	1674	1349
1914	1420	1287	998	1569	1303
1915	1630	1380	1028	1769	1367
1916	1880	1464	1190	2048	1501

Sächsische Bergarbeiterlöhne.

Im Dezemberheft des „Reichsarbeitersblatt“ von 1917 sind die durchschnittlichen Jahresverdienste der Bergarbeiter im Königreich Sachsen für die Zeit von 1907 bis 1916 enthalten. Die Uebersicht ist sehr mangelhaft, Schichtlöhne und Nettolöhne werden nicht angegeben, sondern nur Rohlöhne für das ganze Jahr. Das „Reichsarbeitersblatt“ bemerkt dazu: „Die Statistik der Bergarbeiterlöhne im Königreich Sachsen behandelt nur die durchschnittlichen Jahreslöhne, nicht aber die Schichtlöhne, wie sie die Statistik der Bergarbeiterlöhne der wichtigsten Bergbaugebiete außerdem darstellt. Sie berücksichtigt im Gegensatz zur übrigen Statistik der Bergarbeiterlöhne nur die Rohlöhne, also Löhne einschließlich der Knappschafts- und Invalidenversicherungsbeiträge, während dort nur die reinen Arbeiterlöhne nachgewiesen werden. Aus diesem Grunde erscheint ein Vergleich der Arbeitsverdienste der beiden Gebirgen nur angebracht, wenn den obigen Gesichtspunkten Rechnung getragen wird.“

Im gesamten deutschen Reich waren danach die durchschnittlichen Nettolöhne immer erheblich höher, wie im Königreich Sachsen die Rohlöhne. Würden für das Königreich Sachsen ebenfalls die Nettolöhne angegeben, so würde dieser Lohnunterschied noch entsprechend größer sein. Selbst die Nettolöhne waren A. B. im Jahre 1916 im deutschen Bergbau höher wie die Rohlöhne im Königreich Sachsen, im Steinkohlenbergbau um 188 Mark, im Braunkohlenbergbau um 71 Mark, im Erzbergbau um 492 Mark. Besonders groß ist der Lohnunterschied im deutschen und sächsischen Erzbergbau. Aber auch sonst sind die Lohnunterschiede größer, wie es sich aus der Verschiedenheit der Verhältnisse rechtserklärt.

Ein ähnliches Bild geben auch die Lohnsteigerungen. Die Jahreslöhne waren 1916 z. B. höher wie 1907 im

sächsischen Steinkohlenbergbau um	531 M.	gleich 40,2 Prozent
deutschen Steinkohlenbergbau um	650 M.	gleich 88,7 Prozent
sächsischen Braunkohlenbergbau um	227 M.	gleich 28,8 Prozent
deutschen Braunkohlenbergbau um	358 M.	gleich 80,3 Prozent
sächsischen Erzbergbau um	350 M.	gleich 41,2 Prozent
deutschen Erzbergbau um	689 M.	gleich 53,4 Prozent

Am Durchschnitt sind die Kohreislöhne im deutschen Reich danach ebenfalls erheblich stärker gestiegen, wie im Königreich Sachsen. Zu beachten ist dabei immer, daß es sich im Königreich Sachsen um Rohlöhne, im deutschen Reich aber um Nettolöhne handelt.

Noch erheblich weiter wie gegen den Reichsdurchschnitt stehen die Jahreslöhne der sächsischen Bergarbeiter gegen den der Ruhrbergarbeiter zurück. So übertrifft der durchschnittliche Jahreslohn der Ruhrbergarbeiter den der sächsischen Steinkohlenbergarbeiter

1907 um	2,1 Mark	gleich 16,5 Prozent
1908 um	1,8 Mark	gleich 10,6 Prozent
1909 um	2,7 Mark	gleich 2,9 Prozent
1910 um	5,9 Mark	gleich 4,5 Prozent
1911 um	10,1 Mark	gleich 7,4 Prozent
1912 um	19,3 Mark	gleich 13,4 Prozent
1913 um	28,3 Mark	gleich 19,2 Prozent
1914 um	1,0 Mark	gleich 13,3 Prozent
1915 um	2,7 Mark	gleich 17,1 Prozent
1916 um	2,7 Mark	gleich 17,4 Prozent

Die Lohnsteigerungen der sächsischen Bergarbeiter sind danach während der Kriegszeit immer weiter gegen die der Ruhrbergarbeiter zurückgefallen. Anzuwenden sind die Löhne der Ruhrbergarbeiter weiter gestiegen, und zwar durchschnittlich pro Schicht von 6,44 Mark im Jahresmittel 1916 auf 8,35 Mark im 3. Viertel 1917, oder um 1,91 Mark gleich 29,7 Prozent. Um welchen Betrag die Löhne der sächsischen Bergarbeiter in dieser Zeit gestiegen sind, ist nicht bekannt, das erfährt die Öffentlichkeit erst Ende 1918. Auf eine Lohnsteigerung der Bergarbeiterverbände wurde am 31. Januar 1918 auf den Werken durch Nachschlag bekanntgegeben, daß die Leuznertzuzugabe um 80 Pf. pro Schicht und das Sanderzfeld von 1 auf 6 Mark pro Monat erhöht werden soll. Gleichzeitig aber berichteten die Zeitungen, daß die Preise für sämtliche Sorten Steinkohlen, Stoffs und Priketts um 25 bis 30 Mark pro Tonne erhöht wurden.

Wenn nun auch nicht genau zu ermitteln ist, welche Mehreinnahme den Werken durch diese Preiserhöhung entfällt, so darf doch als sicher angenommen werden, daß sie die Erhöhung der Leuznertzuzugabe und Sanderzfeld übersteigt. Im ersten Kriegsjahr 1914 betrug z. B. der Förderanteil pro Arbeiter im sächsischen Steinkohlenbergbau 192,1 Tennen. Bei gleicher Förderleistung würde den Werken durch die letzte Preiserhöhung eine jährliche Mehreinnahme entfallen von 181,00 bis 377,20 Mark pro Arbeiter. Die Werke haben sich danach für die Leuznertzuzugabe und Sanderzfeld sehr reichlich schadlos gehalten, auch wenn der Förderanteil pro Arbeiter nicht mehr so hoch sein sollte, wie 1914.

Der Bergbau hat in Sachsen noch immer eine sehr große Bedeutung. Ohne Rücksicht auf die 24 127 Arbeiter darin beschäftigt. Davon entfallen auf den Steinkohlenbergbau 18 976, auf den Braunkohlenbergbau 4672 und auf den Erzbergbau 799 Arbeiter. Aber die amtliche Lohnstatistik ist außerst mangelhaft. So werden nicht die Reineinnahmen der Rohlöhne angegeben, so daß ein Vergleich mit den übrigen deutschen Bergbaubezirken fast unmöglich ist. Schichtanzahl und Lohn pro Schicht werden ebenfalls nicht angegeben, sondern nur die Jahreslöhne. Aber auch diese werden so spät veröffentlicht, daß sie sich hauptsächlich nur zu geschichtlichen Betrachtungen eignen. So enthielt z. B. der „Reichsarbeitersblatt“ vom 8. Dezember 1917 die Nachweisung der in den 16 Hauptbergbaubezirken Preussens im 3. Vierteljahr 1917 verdienten Bergarbeiterlöhne. In dieser Nachweisung sind angegeben die Gesamtzahl der Arbeiter, der verschiedenen Arbeitsschichten auf 1 Arbeiter, die verdienten reinen Löhne nach Abzug aller Arbeitskosten sowie der Versicherungsbeiträge, im ganzen auf 1 verfahrenen Schicht, auf 1 Arbeiter und Vierteljahr, sowie die auf 1 Schicht entfallenden Durchschnittslöhne aller Arbeiter, der einzelnen Arbeitsschichten und die Dauer der Schichtzeit. Dagegen enthält das „Reichsarbeitersblatt“, herausgegeben am 22. Dezember 1917, erst die durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste im Königreich Sachsen bis 1916. Das ist mehr als kümmerlich.

Die preussische Lohnstatistik enthält noch manche Mängel, die wir oft beproben haben. Aber der sächsische Lohnstatistik ist sie doch in jeder Beziehung weit voraus. Auch darauf haben wir sehr oft und eindringlich hingewiesen, leider ohne jeden Erfolg. In Sachsen einbringlich hinzuwirken, leider ohne jeden Erfolg. Es wäre es vielleicht zweckdienlich, wenn unsere Freunde im sächsischen Landtag sich einmal mit dieser Frage befäßen. Es wäre schon ein großer Fortschritt, wenn die Nachweisung der Bergarbeiterlöhne usw. in Sachsen nach preussischem Vorbild erfolgte. Es wären dann Vergleiche und eine bessere Kontrolle der Lohnverhältnisse möglich. Daran haben allerdings die Werke kein Interesse, für sie ist es vorteilhafter, wenn sie sich jedem Vergleich und jeder Kontrolle entziehen können. Rage es in ihrem Interesse, dann wäre sicher schon längst die erforderliche Änderung eingetreten. Das Arbeiterinteresse darf aber nicht länger hinter dem der Werke zurückbleiben, und darum muß alles getrieben, um so bald wie möglich Minderung zu schaffen. Der „sächsischen Eisenart“ wird es sicher keinen Abbruch tun, wenn mit gemeinschaftlicher Mithandlung so bald wie möglich aufgeräumt wird.

deutsche Volk", sie durchkreuzt wiederholt durch ihr drohendes Befehl...

Emil Döblin ?

Am 31. Januar 1919 starb der Vorsitzende des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, Emil Döblin...

Warum keine Arbeitervertreter?

Unter den Forderungen, die von den Streikenden in Berlin usw. aufgestellt waren, befindet sich auch folgende: Zuziehung von Arbeitervertretern zu den Friedensverhandlungen...

Die tolle Hebe (der Schornmacher) gegen die Gewerkschaften würde uns kalt lassen, wenn wir nicht begründeten Anlaß zu der Annahme hätten...

Aus unseren Rechtschutzbureaus.

1344,92 Mark rückständige und 28,75 Mark monatliche Rente erlitten.

Das Mitglied unseres Verbandes, Matthias Schwenbacher, Zahnstille Marienstein, erlitt am 24. Mai 1913 und am 16. Dezember 1913 je einen Unfall...

Von unserem Sekretariat in Haussham wurde bei der Knappschäfts-Berufsgenossenschaft, Sektion VIII in München, Antrag auf Unfallrente gestellt...

Weder Schwenbacher selbst noch seine Ehefrau wären im Stande gewesen, ihre Rechte genügend zu vertreten und durchzuführen...

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Sehr Graf Schwerin. Die Buntlichkeit bei der Seilfahrt läßt hier sehr zu wünschen übrig...

Sehr Wolfshardt. Hier werden Strafen von 5, 8, 10, 11, sogar bis 12 Mark in einzelnen Fällen verhängt...

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Grube Fortuna. Dem Steiger Bruch kann nie genug geleistet werden. Morgens vor Beginn der Arbeit hat er den Arbeitern schon zugerufen...

Sehr Meinenpreußen I und II. Auf der 3. Sohle im nördlichen Querschlag stehen hier so viel Wasserfüßen, daß die Arbeiter trockenen Fußes nicht hindurchkommen können...

Königreich Sachsen.

Grube Gottesgrube. Als infolge der Schneewehen die Züge nicht fahren konnten, mußten die Arbeiter, welche von auswärts kamen, naturgemäß feiern...

Grube Kaiserin Augusta. Auch hier sind Bestrafungen erfolgt, als die Züge infolge der Schneewehen nicht fahren konnten...

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Böhmergrube. Nicht ungezügelter Lohnen kamen in der Abteilung des Steigers Durian für Dauer im Dezember zur Auszahlung...

Saargebiet und Reichslande.

Grube Friedrichthal. Ein Kriegsbeschädigter, der am 28. August wegen schwerem Herzfehler entlassen wurde, nahm hier am 3. September im Revier 5, Steiger Monz, die Arbeit auf...

Vorhaben leisten. Der Verband und seine Einrichtungen sind naturgemäß nur für Verbandmitglieder da...

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Kameraden, hütet euch!

Betrachtet die Zeitungen genau, die in euer Haus kommen! Es ist notgerade offenes Geheimnis geworden, daß zahlreiche Zeitungen, wer weiß wie viele schon, vom Großkapital aufgekauft sind...

Sorgt dafür, daß die Gewerkschaftsführer, die Regierungssozialisten und alle „Durchfaller“ unter keinen Umständen in die Vertretung gewählt werden...

Die törichtesten Menschen, die auf solche Flugblätter hereinfallen, sollen glauben, die Gewerkschaftsführer seien Gegner der politischen Forderungen...

Die vorgenannten politischen Forderungen unsere volle Billigung haben, werden die Gewerkschaften doch die Leitung einer solchen Bewegung den politischen Parteien überlassen müssen...

Die Teilnahme der Generalkommission an diesen Verhandlungen ist aber von den Unabhängigen der „Unabhängigen“ abgelehnt worden...

Die Teilnahme der Generalkommission an diesen Verhandlungen ist aber von den Unabhängigen der „Unabhängigen“ abgelehnt worden...

Die Teilnahme der Generalkommission an diesen Verhandlungen ist aber von den Unabhängigen der „Unabhängigen“ abgelehnt worden...

Vom Simpel der Presse.

Im Anschluß an vorhergehende Ausführungen sei mitgeteilt, was der Professor der Geschichte an der Universität Leipzig, Herr Dr. Walter Goch...

Und einen Verdacht vor allem hätte die Vaterlandspartei vermeiden müssen; daß sie etwa nur ein Organ schmerzhafte Arbeiter und preislich-konserverter Interessen sei...

Leberpreise angeboten. Große Belegungen werden aufgefauft und stellen sich dann in den Dienst der Nationalpartei und der alldeutschen Gedanken.

Schlagwetterexplosion auf Grube Schönbach.

Am 4. Februar ereignete sich auf Grube Schönbach schon wieder eine Schlagwetterexplosion, und zwar auf der 3. Sohle in Flöz Robert, wodurch 8 Arbeiter getötet und 14 verletzt wurden.

Arbeiterlöhne und Steuerfragen.

Eine Mitgliederversammlung unseres Verbandes in Offen beschäftigte sich am 27. Januar mit Lohn- und Steuerfragen und kam einstimmig zu einer Entschließung, worin gefordert wird:

- 1. Als zwingende Notwendigkeit wird die Steuerfreiheit eines Einkommens bis 1800 Mark gefordert werden. Die Gründe, die schwerer Anlaß geben, das Einkommen bis 900 Mark nicht der Besteuerung zu unterwerfen, haben heute weit größere Bedeutung als früher.

Die Steuerermäßigung hat schon beim Vorhandensein eines Unterhalts erwerbenden Familienangehörigen um eine Stufe zu beginnen. Bei Vorhandensein je eines weiteren derartigen Familienangehörigen hat die Ermäßigung um je eine weitere Stufe zu erfolgen.

Königreich Sachsen.

Weitere Teuerungszulagen im sächsischen Bergbau.

Nachdem durch erneute Eingabe seitens der Organisationsleitung der Bergbaugewerkschaften ein noch ausstehende Erhöhung der Löhne erinnert worden ist, wurde am 31. Januar auf den Verlangen durch Anschlag folgendes bekannt gemacht:

Alle Arbeiter über 21 Jahre erhalten eine weitere Teuerungszulage von 80 Pf. pro Tag, insgesamt 2,50 Mark. Von 16 bis 21 Jahren erhalten weitere 40 Pf., und bis 16 Jahre 20 Pf.

Auf die anderen Forderungen scheint man keinen Wert gelegt zu haben, und haben nun die Bergarbeiter selbst das Wort, um zu entscheiden, ob sie mit dem Bewilligten zufrieden sind. Vor allem hätte die Frage der achtstündigen Schichtzeit ernstlich erwohnen werden müssen.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Lohnbewegung der Bergarbeiter im niederschl. Kohlenrevier.

Auftragsgemäß hatten die Leitungen unseres Verbandes, des Gewerkschafts S.-D. und des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter, am 11. Januar d. Js. eine gemeinschaftlich unterzeichnete Eingabe an die Bergverwaltungen abgegeben, in der die in der Revisionserklärung vom 6. Januar beschlossene Lohnforderung eingehend begründet wurde.

Die Organisation der Arbeiter hat sich in der letzten Zeit des Krieges hinwegsetzen können, dass in allen Lohnfragen und sonstigen, das Arbeitsverhältnis betreffenden Fragen die Verwaltungen im besten Einvernehmen mit den Belegschaften stehen und ständig mit den gesetzlichen Vertretern der Belegschaften, den Arbeiterausschüssen, in Verbindung stehen.

Gleiwitzgrube vor dem Schlichtungsausschuss.

Der Arbeiterausschuss der Gleiwitzgrube hatte am 12. 12. 1917 der Verwaltung Lohn- und andere Forderungen unterbreitet. In der darauf folgenden Arbeiterausschussung zeigte die Verwaltung in der Lohnfrage kein Entgegenkommen, weshalb der Arbeiterausschuss sich an den Schlichtungsausschuss in Gleiwitz wandte.

Es ist hervor, dass damit der Nachweis erbracht ist, dass die Gleiwitzgrube 40 Pf. je Schicht und Sauer mehr gezahlt habe, wie die staatliche Königin Aufschube. Die Statistik des Herrn Direktors hat auf den einen Fehler, dass sie unrichtig war, was ihm im Schlichtungsausschuss jedoch vom Kameraden Köppler nachgewiesen wurde.

Saargebiet und Reichslande.

Aus dem Saargebiet.

Der Nutzen der gemeinschaftlichen Organisation ist selten so klar zu Tage getreten, als in dem neuen Betriebsbericht der sächsischen Bergbauverwaltung. Unsere Kameraden wissen, dass die Saarbergarbeiter sich lange Jahre recht gleichgültig gegenüber der Aufzucht der Organisation verhielten.

Table with 4 columns: Year, Gesamtbelegschaft, Eigenliche Bergleute (Kohlstufe I), and another column. Data for years 1913-1917.

In den ersten beiden Kriegsjahren sind die Löhne noch unter dem Stand von 1913 geblieben, obgleich eine starke Verteuerung der Lebenshaltung eintrat! Damals glaubten unsere Kameraden, es würde alles von selbst kommen, sie unterließen die geordnete Selbsthilfe durch die Organisation.

Table with 4 columns: Year, 1914, 1915, 1916, 1917. Data for various months.

Nach aus diesen Ziffern geht hervor, dass eine wirkliche Lohnsteigerung erst 1918 eintrat, und dass die weitaus stärkste Lohnzunahme 1917 erfolgt ist, also in dem Jahre, in welchem sich die Saarbergleute in größerer Menge der gewerkschaftlichen Organisation angeschlossen haben!

Lohnfragen im Saarrevier.

Ob die Königl. Bergwerksdirektion in Saarbrücken den beim letzten Bergarbeiterstreik von den Bergleuten erstrittenen Dauerdurchschnittslöhnen von 10,50 Mark durchgeföhrt hat, darüber herrscht bei den Belegschaften im Saarrevier harter Zweifel. Nicht ohne Grund.

Sich da wundern, wenn diese Zustände, die das Wohneinkommen der Bergarbeiter stark verringern, dazu führen, dass in den Belegschaften erneut eine Lohnsteigerung verlangt wird? Nein, die Bergleute sind im Recht, wenn sie verlangen, dass ihre Existenz gesichert wird durch ausreichende Verdienste.

Südböhmenland.

Lohnfrage im Arbeiterausschuss auf Grube Frankenhölz.

Im Protokoll über die Versammlung des Arbeiterausschusses vom 31. Januar 1918, nachmittags 4 Uhr, im Steigerbureau bei Schacht 1 und 2, heißt es:

Erschienen waren folgende Herren: Als Vertreter der Frankenhölzer Bergwerks-Gesellschaft: Hr. Schulze-Mäter, Generaldirektor, als Vorsitzender; Hr. Gutter, Schichtmeister.

Der Arbeiterausschuss erklärt, dass die in Punkt 1. geforderte Lohnsteigerung für Sauer bei Aus-, Borrichtung und Abbau gelten soll. Der Vorsitzende erklärt, dass diesem Antrag nicht stattgegeben werden kann, da trotz der ungünstigen Verhältnisse der Lohn auf Frankenhölz höher ist, als auf umliegenden Gruben.

Die es mit der Entwicklung der Löhne auf Frankenhölz überhaupt nicht ergibt sich aus folgender Tabelle, die der Herr Generaldirektor Schulze-Mäter in der Ausschussung vorgelegte. Demnach betrug der Durchschnittslohn im Jahre 1917 im Januar bis Dezember 7,37, 7,47, 7,72, 7,62, 8,78, 9,06, 9,76, 10,30, 10,53, 10,66, 11,25 und 11,44 Mark.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 7. Woche (vom 10. bis 16. Februar 1918) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Entrichtung der Beiträge.

Der Bergarbeiter Franz Duda, seit 4. August 1917 nach der Heide Hugo I in Wuer verbannt, wird in einer Augenangelegenheit dringend ersucht, seine Adresse an die Rechtschutzstelle der freien Gewerkschaften, z. B. des Kollegen G. Nischke in Dungsau (Schlesien), Gnadenbergstraße 22, einzusenden.

Bücherrevisionen.

Lahausen II. Vom 1. bis 15. Februar. Menge, Vom 15. Februar bis 1. März. Somborn, Vom 15. bis 28. Februar.

Krankentüchtigungs-Auszahlung.

Wuer. Die Auszahlung des Krankengeldes erfolgt jeden Samstag beim Kassierer, Kameraden Josef Schulte, Wuer, Sedanstraße 3.

Adressenveränderungen.

Mülheim-Solthausen. Als Vertrauensmann fungiert der Kamerad Herrn Klingenburg, Mülheim-Nuhr, Kalkstraße 1a, dortselbst findet auch jeden zweiten und letzten Sonntag im Monat Krankengeldauszahlung statt.

Sterbetafel

Im Monat Januar 1918 sind folgende Mitglieder gestorben: Anton Adling, Werne-Rippe. Paul Gerlach, Sonderhausen. Heinz Vogel, Frankfurter I.

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1 Mk., vierteljährlich 3 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Post- und Veranlagungsbeiträge kosten pro Seite 25 Pf. — Geschäftsbeiträge werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: J. Henckmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Biemelhauer Straße 38-42. Telephon-Nr. 98 u. 89. Telegr.-Adr.: Mittelrhein Bochum.

An die Mitglieder des Verbandes und deren Frauen in Oberschlesien.

Der Verbandsvorstand hat, wie schon wiederholt in der „Bergarbeiter-Zeitung“ mitgeteilt wurde, beschlossen, daß alle vollzahlenden Mitglieder ab 1. Februar 1918 einen Extrabeitrag von 10 Pf. pro Woche zahlen sollen. Ferner sollen die vollzahlenden Mitglieder entsprechend ihrem Verdienst und den Bestimmungen des Statuts (§ 10) in einer höheren Beitragsklasse steuern. Mit diesen Beschlüssen befaßten sich zwei Konferenzen der Ortsverwaltungen für Oberschlesien, die am 27. Januar 1918 in Kattowitz und am 3. Februar 1918 in Rybnik stattfanden. Nach eingehender Aussprache der in den Konferenzen anwesenden Vertreter der Zahlstellen wurden folgende Entschlüsse angenommen:

I.

„Nachdem die Bezirke innerhalb des Verbandes einstimmig dem Beschluß des Verbandsvorstandes, ab 1. Februar 1918 einen Extrabeitrag pro Woche und Mitglied, zum Ausgleich der Teuerung und zur Hebung der Aktionsfähigkeit des Verbandes beigetreten sind, erklärten sich die am 27. Januar und 3. Februar 1918 in Kattowitz und Rybnik tagenden Konferenzen für Oberschlesien auch hiermit einverstanden und verpflichten die Mitglieder zur Zahlung dieses Extrabeitrages.“

II.

„Die am 27. Januar in Kattowitz und am 3. Februar 1918 in Rybnik tagenden Bezirkskonferenzen des Bergarbeiterverbandes für Oberschlesien empfahlen den Mitgliedern in den Beitragsklassen zu zahlen, die ihrer Lohnhöhe und den Bestimmungen des Statuts entsprechen.“

Mit der Annahme dieser Entschlüsse haben die Vertrauensleute die Erkenntnis bewiesen, daß es nötig ist, der Organisation zu geben, was ihr gebührt, nämlich kapitale Kraft. Wir setzen voraus, daß die Verbandsmitglieder in Oberschlesien das Opfer — sofern man überhaupt von einem solchen reden kann — gerne bringen, ohne Ausnahme dem Verband treu bleiben und den Extrabeitrag von 10 Pf. pro Woche zahlen. Er wird nicht in einer besonderen Marke erhoben, sondern ist als Aufschlag in den bisherigen Beitragsmarken enthalten. Die Erhebung dieses Extrabeitrages von 10 Pf. pro Woche ist nicht deshalb beschlossen worden, um eine üble Mode, die in der Kriegszeit alles teurer werden läßt, mitzumachen, sondern der Beschluß entspringt der Not der Zeit. Unser Verband ist von Mehrausgaben infolge der Teuerung nicht verschont geblieben. Alle Bedarfsgegenstände der Organisation sind, wie schon wiederholt in der „Bergarbeiter-Zeitung“ nachgewiesen wurde, um ein Vielfaches gegenüber dem Frieden im Preise gestiegen. Auch

die Ausgaben für Gehälter und Löhne, kurzum, die ganzen Verwaltungskosten haben sich erhöht. Durch die Erhebung eines Extrazuschlages von 10 Pf. pro Woche und Mitglied soll das frühere Gleichgewicht im Verbands wieder hergestellt und sein Kampfesfonds gekräftigt werden. Das haben die Bergarbeiter besonders nötig.

Dem unablässigen Drängen des Verbandes und seinen ausführenden Organen ist es mit Mühe gelungen, das Einkommen der Bergarbeiter aufwärts zu bringen. Wir behaupten nicht, daß die eingetretenen Lohnerhöhungen einen vollen Ausgleich für die Verteuerung aller Gebrauchsgegenstände bilden. Um diesen herbeizuführen, hätten die Löhne um 200 bis 300 Prozent erhöht werden müssen. Das war leider nicht zu erzielen. Der Verband wird es aber in dieser Beziehung an weiteren Bemühungen nicht fehlen lassen.

Die bis jetzt erzielte Lohnhöhe muß aber auch über den Krieg hinaus bestehen bleiben. Das ist nötig, weil die Familien infolge dieses langen, unerhörtesten und blutigsten Krieges, den je die Welt erlebte, wirtschaftlich sehr verarmt sind. Das Einkommen gestattet nur notdürftig das nackte Leben zu fristen. An die Beschaffung von Haushaltsgegenständen, Bekleidung, Schuhzeug und Wäsche konnte nicht gedacht werden. Alles ist nun zerklüftet und zerrissen. Mit banger Sorge sehen besonders die Hausfrauen deshalb in die Zukunft. Hier gibt es nur eine Rettung. Alle Kraft muß auf das eine Ziel konzentriert werden, nämlich daß die jetzige Lohnhöhe auch dann beibehalten werden muß, wenn die Lebensbedingungen nach Kriegsbeendigung billiger werden sollten, woran leider ja nicht zu denken ist. Die Unternehmer künden aber schon jetzt in Zeitungen und vertraulichen Rundschreiben an, daß nach eingetretenerm Frieden ein Abbau der Löhne erfolgen müßte. Das ist keine frohe Botschaft, und die Bergarbeiter müssen sich dagegen zur Wehr setzen, deshalb gilt es, den Verband an Mitgliedern und Finanzen zu stärken.

Hierbei muß jeder Verbandskamerad und jede Bergarbeiterfrau helfen.

Schon zählt der Verband in Oberschlesien über 12 000 Streiter. Noch eine große Schar neuer ist zu gewinnen. Da muß jeder behilflich sein und niemand darf von dem einmal gesteckten Ziel ablassen. Unsere Lösung muß sein:

Hand in Hand —
Neuem Land
Unser Steuer zugewandt.

bergrube erhöhte sich. Der Gewinnrückgang der sonst hochrentablen Kalifalzbergwerke erklärt sich aus der Unterbindung der Ausfuhr während des Krieges und aus der andauernden Vermehrung der Kalifalzwerke, wodurch die auf die einzelnen Werke entfallende Abfallmenge fast automatisch verringert wird. Im Jahre 1916 ist der Gewinn der Kalifalzwerke schon erheblich gestiegen; für 1917 und 1918 wird infolge der wiederholten Preissteigerungen auf eine weitere Gewinnerhöhung gerechnet. Der ganz geringe fiskalische Braunkohlenbergbau (3 kleine Anlagen) hat auch 1916 mit Zubuße gewirtschaftet (133 469 Mark), ebenso erforderten die Bernsteinwerke wieder Zuschuß (1 002 913 Mark).

Bei der Beurteilung der fiskalischen Ueberschüsse muß beachtet werden, daß aus ihnen auch die hohen Kosten der Zentralbehörde (Ministerialabteilung), der Oberbergämter, Bergrevierämter, Bergakademien, Bergschulen, Bergarbeitergerichte, Geologische Landesanstalt usw. zu bestreiten sind. Außerdem werden in Abzug gebracht die steigenden Zinsen und Tilgungen der Staatskrediten. Hierfür wurden 1913 rund 8,77, 1916 aber 14,86 Millionen Mark, also rund 6 Millionen Mark mehr, aufgewandt. Ferner wurden 1913 für „sonstige außerordentliche Ausgaben“ nur 170 592, 1916 aber 20,15 Millionen Mark verausgabt, in welcher Summe sich die Aufwendungen für Kriegsfamilien und Lebensmittelbeschaffungen befinden. Schließlich sind 1916 rund 23,82 Millionen Mark für Abschreibungen verwandt worden, über 3 Millionen Mark mehr wie 1913. Zieht man alles dies in Betracht, dann ergibt sich eine weit höhere Rente, als sich bei einer nur oberflächlichen Beurteilung der Betriebswirtschaft herausstellt. Spezialisierte Angaben über die hohen außerordentlichen Ausgaben enthält der Bericht nicht.

Ganz besonders vermehrt man die genaue Verichterstattung über die Steinkohlenbergwerke, die das Rückgrat der fiskalischen Betriebswirtschaft bilden. Während die Privatwerke für 1916 fast durchweg einen erhöhten Ueberschuß erzielten, weisen die Staatlichen, mit Ausnahme der Saargruben und des Wertes bei Oerzenkirchen, das entgegengesetzte Bild auf. Der rechnungsmäßige Ueberschuß hat betragen:

	1916	1915
	Mk.	Mk.
Oberschlesische Werke	12 212 800	15 504 816
Kohlenwerk am Deister	186 784	456 215
„ bei Oerzenkirchen (preuß. Anteil)	782 931	550 762
Saarbrücker Werke	12 598 061	10 988 560

Warum in Oberschlesien und am Deister die Betriebsgewinne zurückgegangen sind, sagt uns weder der Betriebsbericht, noch ist darüber in der Staatshaushaltskommission mehr als eine allgemeine Auskunft gegeben worden. Viele Auskunft lieferte sich auf die sehr gestiegenen Selbstkosten wegen viel höherer Materialpreise und Arbeiterlöhne, auch auf geringere Förderung. Aber dieselben Erschwernisse hatten auch die Privatwerke, und doch sind sie für 1916 noch meistens mit höheren Ueberschüssen herausgekommen.

Ganz außerordentlich ungünstige Ergebnisse werden über die fiskalischen Zechen im Bergwerksdirektionsbezirk Redlinghausen berichtet. Die dortigen Werke sollten schon von 1908 ab ohne Zubuße wirtschaften, wie aber sieht es in Wirklichkeit aus? Sie haben insgesamt erfordert:

	Mark	Mark
Zubuße 1913:	1 193 734	1915: 5 451 962
Zubuße 1914:	4 342 209	1916: 7 187 209

Im Betriebsjahr 1916 haben die Zechen Hohenbüren, Buer und Zwickel mit Ueberschüssen gearbeitet, die Zechen Zwickel erforderte 3,82 Millionen Mark Zubuße, was wohl aus der Tatsache, daß dieses Werk noch im starken Ausbau begriffen ist, erklärt werden kann. Aber nun kutterte die Zechen Glabbe, die der Fiskus bekanntlich 1902 von der Firma Thyssen als eine bereits förderfähige Anlage angekauft hat, gewaltig zu. Der rechnungsmäßige Ueberschuß der Zechen Glabbe belief sich 1913 auf 1 785 243 Mark, 1914 und 1915 verlangte sie Zuschüsse, und 1916 schloß der Betrieb mit der gewaltigen Zubuße von 4 679 409 Mark ab! Im gleichen Jahre haben die benachbarten Privatzechen erhebliche Ueberschüsse erzielt! Unser Kamerad Hue wies in der Staatshaushaltskommission auf diese krasse Tatsache hin und ersuchte die fiskalische Verwaltung, die Ursachen dieser großen Defizitwirtschaft zu erklären. Weder sei der Arbeitermangel auf den fiskalischen Zechen größer als auf den Privatgruben, noch bestände ein beachtlicher Unterschied in den Löhnen und Materialpreisen. Aus dem Betriebsbericht sei nicht zu ersehen, woher sich die steigenden Zubußen schrieben. Die Bergbauverwaltung gab keine detaillierte Darstellung der Defizitursachen, sondern beschränkte sich darauf, auf die gestiegenen Selbstkosten und sonst eingetretene ungünstige Gewinnungsverhältnisse zu verweisen. Damit sind die außerordentlich schlechten Betriebsergebnisse, namentlich der Zechen Glabbe, nicht erklärt. Diese Aufklärung ist aber notwendig, weil es sich um einen Staatsbetrieb handelt, an dessen Gedeihen die ganze Bevölkerung lebhaft interessiert ist. Würde wenigstens die Zechen Glabbe ohne Zubuße gearbeitet haben, so erhält sich der gesamte rechnungsmäßige fiskalische Betriebsüberschuß um 4,67 Millionen Mark, und war dann schon erheblich höher als 1915.

Auf den 60 Staatswerken wurden 1916 insgesamt 85 765 Arbeiter und Beamte (ohne die unfreien Hilfskräfte) beschäftigt, gegen 78 648 im Jahre 1915 und 109 791 im letzten Friedensjahr. Auch diese Angaben illustrieren die große Bedeutung des Fiskus als bergbaulichen Unternehmers. Sie bestätigen aber auch, daß die Bergarbeitererschaft ein hohes Interesse an einer Wohlfahrtsreform besitzt, die dem preussischen Sonntag eine vollständige Zusammenfassung verleiht.

Betriebsbericht der preuß. Staatswerke.

Es ist ein großer Uebelstand, daß die Betriebsberichte der preussisch-fiskalischen Bergwerks-, Sülten- und Salinenverwaltung viel zu spät der Öffentlichkeit unterbreitet werden. In der Regel gelangen diese Berichte erst an das Abgeordnetenhaus, wenn dieses schon den Haushaltsplan für das übernächste Etatsjahr herät. Der Betriebsbericht für 1916 ist erst gegen Ende Januar 1918 der Staatshaushaltskommission zur Kenntnis gekommen, obgleich sie sich bei der Beurteilung der Voranschläge für 1918 schon auf die tatsächlichen Betriebsergebnisse des Jahres 1917 beziehen müßte. Die in der Regel zu späte Bekanntgabe der Betriebsberichte ist in der Staatshaushaltskommission lebhaft bedauert worden. Auch die durch die Kriegsmotivbedürfnisse absolut nicht gebotene große Dürftigkeit der fiskalischen Berichterstattung wurde kritisiert.

Der Betriebsbericht für 1916 enthält zwar größere Umsatzziffern, dem „Werte“ nach, wie alle früheren, aber es steckt nicht entsprechend Reelles dahinter. Förder- und Produktionsangaben, auch die Nachweise der erzielten Preise fehlen. Förderung und Produktion sind wahrscheinlich allgemein nur wenig gegen 1915 gestiegen, nur die eingetretenen Preiserhöhungen haben die Geldeinnahmen bedeutend erhöht. In dessen liegen die Ausgaben noch mehr, so daß wohl die ordentlichen Einnahmen 1916 gegen 1913 um rund 31 Millionen Mark höher wären, jedoch erhöhten sich gleichzeitig die ordentlichen Ausgaben um rund 39 Millionen Mark. Warum, das ist im einzelnen nicht nachzusehen.

In den letzten 4 Berichtsjahren betrug die

Ordnungszahl	Ordnungszahl		Ordnungszahl		Ordnungszahl		Veränderung des Nettobehalts
	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	
1916	417,83	369,05	7,25	32,93	24,04	38,58	7,6 Proz.
1915	342,98	289,50	0,826	30,43	23,85	44,78	9,0 „
1914	289,18	264,83	0,114	23,97	0,99	14,76	3,0 „
1913	286,08	323,97	0,285	22,05	35,33	54,68	11,8 „

Der bilanzmäßige Ueberschuß ist mithin 1916 bedeutend geringer gewesen wie 1915, allerdings bedeutend höher als im ersten Kriegsjahre mit seinen außerordentlichen Betriebsstörungen. Die rechnungsmäßigen Ueberschüsse haben betragen in Millionen Mark

	Zahl der Werke	1916	1915	1913
Steinkohlenbergwerke	(23)	18,52	22,04	29,64
Eisenerzbergwerke	(2)	0,166	0,214	0,347
Sonstige Erzbergwerke	(5)	6,99	7,30	3,31
Kalifalzbergwerke	(3)	5,48	4,03	7,48
Salinen und zugeh. Salzbergwerke	(7)	1,04	0,898	0,473
Eisenhütten	(4)	1,05	0,367	—*)
Metallhütten	(4)	9,59	7,41	4,29

*) 981 629 Mark Zubuße.

Demnach sind gegen das letzte Friedensjahr die Ueberschüsse der Erzbergwerke und Sülten ganz bedeutend gestiegen, auch der Betriebsgewinn der Salinen und der zugehörigen Steinsalz-

